



Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

12. Sitzung (öffentlich)

20. Februar 2013

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:30 Uhr bis 19:40 Uhr

Vorsitz: Friedhelm Ortgies (CDU) (Vorsitzender)

Cornelia Ruhkemper (SPD) (Stellv. Vorsitzende)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung	7
1 Falsch deklariertes Pferdefleisch im nordrhein-westfälischen Handel	8
Bericht der Landesregierung Vorlage 16/682	
– - Bericht von Minister Johannes Remmel (MKULNV)	8
– - Aussprache	10
2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2013 (Haushaltsgesetz 2013)	17

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
12. Sitzung (öffentlich)

20.02.2013
sd-ka

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/1400
Vorlagen 16/407, 16/534 und 16/658

Der **Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** empfiehlt dem Haushalts- und Finanzausschuss mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Piraten gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP, **Einzelplan 10 anzunehmen.**

3 **Gesetz zur Änderung des Landeswassergesetzes**

26

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
und der Fraktion der FDP
Drucksache 16/45

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD
und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/1264

in Verbindung damit

Anforderungen an eine neu zu erstellende Verordnung zur Selbstüberwachung von Abwasseranlagen – Selbstüberwachungsverordnung – SüwAbw

Antrag
der Fraktion der SPD
und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/1265

in Verbindung damit

Dichtheitsprüfung bürgerfreundlich umsetzen

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/1270 (Neudruck)
APr 16/121
Stellungnahmen siehe APr 16/121

Der **Ausschuss lehnt** den **Gesetzentwurf** der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP **Drucksache 16/45** mit den

Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und Piraten **ab**.

Der **Ausschuss stimmt** dem **Änderungsantrag zu dem Gesetzentwurf** der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 16/1264** – vgl. Drucksache 16/2143 – mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP bei Enthaltung der Fraktion der Piraten **zu**.

Der **Ausschuss stimmt** dem **Gesetzentwurf** der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 16/1264 in geänderter Fassung** mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und Piraten **zu**.

Der **Ausschuss stimmt** dem **Änderungsantrag** der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **zum Antrag Drucksache 16/1265** – vgl. Drucksache 16/1244 – mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP bei Enthaltung der Fraktion der Piraten **zu**.

Der **Ausschuss stimmt** sodann dem Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 16/1265 in geänderter Fassung** mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und Piraten **zu**.

Der **Ausschuss lehnt** den Antrag der Fraktion der FDP **Drucksache 16/1270 (Neudruck)** mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und Piraten **ab**.

4 Rot-grüne Landesregierung darf Weihnachtsbaumtradition in Nordrhein-Westfalen nicht gefährden

35

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/1621

- Kontroverse Aussprache.

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
12. Sitzung (öffentlich)

20.02.2013
sd-ka

5 PCB-Belastung in öffentlichen Gebäuden wie Schulen, Kitas und Sporthallen 40

Antrag
der Fraktion der Piraten
Drucksache 16/1257

- Kurze Aussprache.

6 Biozide in Gewässern in Nordrhein-Westfalen 41

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/659

- Aussprache.

7 Klimaschutzplan 45

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/661

- Kurzer ergänzender Bericht von Staatssekretär Peter Knitsch (MKULNV), Aussprache.

8 KWK-Impulsprogramm NRW 49

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/660

- Aussprache.

9 Energie der Zukunft 2012 50

Bericht
der Landesregierung

Die Beratung über diesen Tagesordnungspunkt wird verschoben.

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
12. Sitzung (öffentlich)

20.02.2013
sd-ka

10 Umsetzungsstand des KlimaschutzStartProgramms 51

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/631

- Kurze Aussprache.

11 Lebensmitteltransparenz und Hygieneampel 53

Bericht
der Landesregierung

- - Bericht von StS Peter Knitsch (MKULNV) 53

- - Aussprache 54

**12 Gesetz zur Änderung des Altlastensanierungs- und
Altlastenaufbereitungsverbandsgesetzes – AAVG – und zur
Änderung wasserverbandlicher Vorschriften 59**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/1821

Der Ausschuss diskutiert über verschiedene Fragestel-
lungen.

**13 Endlich Schlussstrich unter die Nationalparkpläne Teutoburger Wald-
Eggegebirge und Senne ziehen – Spaltung der Region und
Verschwendung von Steuermitteln sofort beenden! 63**

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/1904

Der **Ausschuss lehnt** den **Antrag** der Fraktion der FDP
Drucksache 16/1904 mit den Stimmen der Fraktionen von
SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Piraten gegen die
Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP **ab**.

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
12. Sitzung (öffentlich)

20.02.2013
sd-ka

12 Gesetz zur Änderung des Altlastensanierungs- und Altlastenaufbereitungsverbandsgesetzes – AAVG – und zur Änderung wasserverbandlicher Vorschriften

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/1821

Stellv. Vorsitzende Cornelia Ruhkemper teilt mit, der Gesetzentwurf der Landesregierung sei vom Plenum nach der ersten Lesung am 23. Januar 2013 zur Federführung an den Umweltausschuss sowie an vier weitere Landtagsausschüsse zur Mitberatung überwiesen worden. Heute berate der Ausschuss erstmalig über den Gesetzentwurf. Der Ausschuss sollte sich auf das weitere Beratungsverfahren verständigen.

Der mitberatende Ausschuss für Kommunalpolitik habe in seiner Sitzung am 1. Februar 2013 beschlossen, sich an einer evtl. vom Umweltausschuss durchzuführenden Anhörung zu beteiligen. Wenn dies nicht der Fall sein sollte, könne sich der Ausschuss heute inhaltlich mit dem Gesetzentwurf auseinandersetzen.

Josef Wirtz (CDU) meint, wenn der Ausschuss heute über den Gesetzentwurf abstimmen wolle, dann sollte der Ausschuss eine Debatte führen. Er formuliere die Bedenken seitens der CDU. Den Altlastensanierungsverband gebe es schon seit ca. 20 Jahren. Er habe sehr gute Arbeit geleistet. Sehr viele Altlastenflächen seien saniert worden. Es sei ein gutes Flächenrecycling betrieben worden. Das habe damit zu tun, dass das gemeinsam mit den Kommunen und dem Land geschehen sei, und zwar auch auf Augenhöhe. Da setzten die Veränderungen an, zunächst bei der Finanzierung.

Schwarz-Gelb habe das seinerzeit unter gleichzeitiger Absenkung des Wasserentnahmeentgeltes in Stufen bis 2018 ermöglicht. Rot-Grün habe das Wasserentnahmeentgelt vor anderthalb Jahren wieder eingeführt. Um die Arbeit des Verbandes weiter zu finanzieren, habe Rot-Grün das Wasserentnahmeentgelt um satte 10 % erhöht. Damit werde die wirtschaftsfeindliche Politik in Nordrhein-Westfalen fortgesetzt.

Nun stehe er nicht in Verdacht, dem Tagebaubetreiber die Steigbügel zu halten. Wenn im Zuge der Abgrabungen der Bergbautreibende im Tagebau auf eine Altlast stoße, entsorge er die auf seine Kosten. Dann werde er über das Wasserentnahmeentgelt noch einmal zur Kasse in Form dieser Gebühren gebeten. Das sei erstens nicht in Ordnung und zweitens auch nicht gerecht.

Als der Gesetzentwurf im Plenum beraten worden sei – vgl. PIPr 16/20 vom 23. Januar 2013, Seite 1518 ff. –, habe sich Minister Rimmel dahin gehend geäußert, dass die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen in eine kollektiven Haftung genommen werden müsse. Dass dürfe man nicht machen. Wenn ein junger, risikobereiter Unternehmer eine Firma gründe, könne er doch nicht für Dinge verantwortlich gemacht werden, mit denen er absolut nichts zu tun habe, deren Ursache teilweise

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
12. Sitzung (öffentlich)

20.02.2013
sd-ka

Jahrzehnte zurückliege und wofür die Verursacher nicht mehr zur Verantwortung herangezogen werden könnten.

Der Verband habe aus der Wirtschaft viele Mitglieder auf freiwilliger Basis bekommen. Wenn man aber die Wirtschaft immer weiter mit Abgaben und Gebühren belaste, würden sie dem Land die kalte Schulter zeigen. Dann laufe das kontraproduktiv. Dann werde die Wirtschaft nicht mehr wie bisher mitspielen. Damit nicht genug: Jetzt sollten sogar die Sitze in den Gremien verändert werden, insbesondere beim Vorstand. Es solle einen zusätzlichen Sitz geben, der dem Land zufalle, nicht mehr den Vertretern der Wirtschaft. Wenn das Gesetz so beschlossen würde, sehe die Situation so aus, dass die öffentliche Hand über eine Zweidrittelmehrheit verfüge. Das führe auch nicht dazu, neue Unternehmen dazu zu gewinnen, mit dem Land gemeinsame Sache zu machen.

Die gute Arbeit, die dieser Verband in den letzten 20 Jahren geleistet habe, werde dadurch infrage gestellt, dass man den Unternehmen nicht mehr vertraue. Alles solle staatlich geregelt werden. Rot-Grün falle immer wieder etwas Neues ein, um die Unternehmen stärker zu belasten. Die IHKs hätten sich in eindeutigen Stellungnahmen hierzu kritisch geäußert. Er habe die Befürchtung, dass die Wirtschaft demnächst in dieser Frage die kalte Schulter zeige. Dann stehe man alleine vor diesem Problem und müsse es in Gänze finanzieren. Es könne dem Steuerzahler nicht mehr vermittelt werden, dass über diese Umwege immer mehr Abgaben von der rot-grünen Regierung eingeführt würden.

Angesichts der Planungssicherheit für die Betroffenen sollte man das Verfahren nicht unnötig in die Länge ziehen, meint **Henning Höne (FDP)**. Trotzdem müsse über einige Punkte gesprochen werden.

Kollege Wirtz habe bereits gesagt, dass in dem Verband seit langer Zeit gute Arbeit geleistet werde. Das sei zu begrüßen. Er habe in der Plenardebatte bereits gesagt, dass es begrüßenswert gewesen wäre, wenn die freiwilligen Beiträge nicht mehr und mehr zurückgegangen wären. Ziel sei es, höhere freiwillige Beiträge zu bekommen und dazu zu animieren. Da sehe er den unterschiedlichen Ansatz. Er habe in der Plenardebatte gesagt, mit Speck fange man Mäuse. Man könne nicht auf der einen Seite die freiwilligen Mitglieder aus der Wirtschaft herausdrängen, deren Rechte zurücknehmen – gleichzeitig mit dem i-Tüpfelchen Erhöhung Wasserentnahmeentgelt – und auf der anderen Seite erwarten, dass mehr Freiwilligkeit herrschen solle. Wie das motivieren solle, mehr freiwillig zu leisten, erschließe sich ihm und auch den freiwilligen Mitgliedern nicht. An dieser Stelle müsse nachgebessert werden.

Niemand würde sich einen Zacken aus der Krone brechen, wenn man bei den bisherigen Verhältnissen bleibe und schauen würde, wie man alle motivieren könne, mehr zu leisten – mit den öffentlichen Beiträgen, der Pflichtbeiträgen, aber auch mit den freiwilligen Beiträgen. Seine Fraktion werde wahrscheinlich noch zwei konkrete Änderungsvorschläge unterbreiten und stehe einem zügigen Verfahren mit Anhörungen und Ähnlichem nicht im Wege.

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
12. Sitzung (öffentlich)

20.02.2013
sd-ka

Hans Christian Markert (GRÜNE) legt dar, auch aus Sicht seiner Fraktion habe sich die Arbeit des AAV, gerade was die Altlastensanierung in den letzten Jahrzehnten betreffe, bewährt. In der Landtagsdebatte sei darauf hingewiesen worden, welche hohe Bedeutung der Boden ökologisch für die Zukunftsgestaltung habe. Vieles, was man dem Boden zumute, zeige sich erst sehr viel später, wenn man wieder Altlasten entdecke. Boden habe auch im Zusammenhang mit dem Klimawandel eine wichtige Funktion, weil er auch als CO₂-Senke zur Verfügung stehe. Insofern tue man gut daran, hier pfleglich zu verfahren.

Natürlich gebe es vom Konstrukt her einen Zusammenhang zwischen dem Wasserentnahmeentgeltgesetz und dem AAV-Gesetz. Der Mechanismus, den die Opposition hier unter dem Motto entfaltet habe, „wenn das Wasserentnahmeentgeltgesetz zu erhöhten Sätzen führe, werde gleichzeitig die Freiwilligkeit der Industrie gesenkt“, sei insofern widerlegt ...

(Henning Höne [FDP]: Die Industrie kann ihr Geld nur einmal ausgeben!)

– Wenn der so beschriebene Mechanismus zutreffen würde, dann sei nicht zu erklären, warum die Industrie immer weniger in den Altlastensanierungsfonds eingezahlt habe, übrigens auch in Zeiten, als das Wasserentnahmeentgeltgesetz auf Druck der FDP zum Missfallen von Teilen der CDU abgesenkt worden sei. Das sei nicht logisch. In der Zeit hätte die Industrie ja besonders freiwillig viel einzahlen müssen. Es habe sich sehr lange hingezogen, bis eine neue Einigung erzielt worden sei. Die Freiwilligkeit sei in dem Gesetzentwurf in besonderer Weise in den Mittelpunkt gestellt worden, weil man jetzt nicht mehr von Pflichtbeiträgen ausgehe, sondern weil an der Stelle Freiwilligkeit dafür belohnt werde, dass man mehr Stimmanteile in dem Gremium bekomme.

Die Opposition versuche mit gängigen Argumenten, die ihr zu Eigen seien, jedes Gesetz im Prinzip zu diskreditieren. Von einer kreativen Opposition würde er sich mehr kreative Argumente wünschen. Er hoffe, dass man das heute zügig abschließen könne, damit die Landesregierung zum Wohle des Bodens und zum Wohle der Zukunft, von der Herr Deppe im Sinne der Nachhaltigkeit gesprochen habe, entsprechend handeln könne. Insofern sei es gut, das Gesetzgebungsverfahren zu beschleunigen, indem der Ausschuss heute abschließend darüber berate.

Frank Sundermann (SPD) betont, der AAV habe sich über Jahre bei der Altlastensanierung bewährt und werde sich zukünftig noch mehr beim Flächenrecycling bewähren. In der Plenardebatte sei bereits darauf hingewiesen, dass viele Dinge neu implementiert würden. Das sehe er sehr positiv.

Streit bestehe über die Finanzierung. Viele hätten sicher mit den Verbandsvertretern gesprochen. Herr Wirtz habe kommunalpolitische Wurzeln. Er selber sei Mitglied des Umweltausschusses des Städte- und Gemeindebundes. Häufig sei darüber diskutiert worden, dass die Finanzierung so nicht funktioniere. Es stimme, das Geld könne nur

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
12. Sitzung (öffentlich)

20.02.2013
sd-ka

einmal ausgegeben werden. Die Industrie sage, der Altlastenfonds funktioniere auch, wenn man immer weniger bezahle. Das sei die Wahrheit.

Jetzt werde das Ganze auf eine vernünftige Basis gestellt, die Finanzierung werde nicht über die Kooperationsvereinbarung geregelt, damit man zu einer vernünftigen Finanzierung komme, damit der Konstrukt langfristig Bestand habe. Die Wirtschaft habe die Möglichkeit gehabt, diesen Konstrukt auf freiwilliger Basis besser mit finanziellen Mitteln auszustatten. Das habe leider nicht funktioniert, wahrscheinlich aus ökonomischen Gründen. Das könne er ein Stück nachvollziehen. Wenn freiwillige Vereinbarungen mit der Industrie getroffen werden könnten und sie funktionierten, dann sei er immer dafür. Wenn man aber feststelle, dass diese wichtige Aufgabe langfristig nicht auskömmlich finanziert werde, dann sei der Staat verpflichtet, diese finanziellen Mittel langfristig zur Verfügung zu stellen. Der Gesetzentwurf liege vor. Positiv sei es auch, dass alle ein schnelles Verfahren wollten.

Hanns-Jörg Rohwedder (PIRATEN) begrüßt die drei wesentlichen Änderungen in dem Gesetzentwurf. Wem der Bodenschutz und Wasserschutz am Herzen liege, der könne nur der Tatsache zustimmen, dass das als neue Aufgabe aufgenommen werde. Dass die Finanzierung jetzt gesetzlich festgeschrieben werde, schaffe mehr Rechtssicherheit und sei auf jeden Fall zu begrüßen.

Er verstehe nicht, wie man feststellen könne, dass die freiwilligen Leistungen zurückgingen, und gleichzeitig dazu aufrufe, die Freiwilligkeit statt einer gesetzlichen Regelung und statt einer Erhöhung des Wasserentnahmeentgeltgesetzes beizubehalten. Das mache keinen Sinn.

Dass die Amtszeiten verlängert werden sollten, diene der Kontinuität. Er bitte, heute abschließend über den Gesetzentwurf zu beraten.

Stellv. Vorsitzende Cornelia Ruhkemper macht darauf aufmerksam, dass der Ausschuss gemäß § 56 – Öffentliche Anhörung, Abs. 1, Anlage 9 – Richtlinien zur Beteiligung der kommunalen Spitzenverbände (§ 56 Abs. 1 GO) – die kommunalen Spitzenverbände schriftlich zu einer Stellungnahme auffordern müsse. Das werde der Vorsitzende in gegebener Form tun. Im März könne der Gesetzentwurf dann abschließend beraten werden.